



Wenig Hoffnung für das Kosovo

Zu Beginn des Jahres 2015 veranlasst die sprunghaft gestiegene Zahl von Asylsuchenden aus dem Kosovo Politiker zu dramatisierender Rhetorik. Wieder einmal geht es um Verfahrensbeschleunigung und schnellere Abschiebungen. Der Exodus aus dem Land wird auch damit kaum aufgehalten werden. Über Flüchtlingsbewegungen in einem von Kriegsfolgen, bitterer Armut und Korruption geprägten Kleinstaat.

Bernd Mesovic

Das Kosovo ist eine Region, inzwischen ein Staat, aus der seit langem Menschen fliehen. Schon während der Jugoslawienkriege in den 1990er Jahren suchten viele Kosovaren in den EU-Staaten Asyl. Sie beriefen sich auf massive Verletzungen ihrer Menschenrechte durch die Regierung Milošević. Nach der Friedenskonferenz von Dayton 1995, die den Bosnienkrieg beendete, schwelten die Konflikte in anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawiens weiter. Die Idee einer weitgehenden Autonomie des Kosovo fand keine Unterstützung, Kosovo blieb Teil Serbiens.

Separatistische Gruppen errichteten in Reaktion auf die serbische Unterdrückung einen Parallelstaat, längere Zeit gewaltfrei, später unter Anwendung von Waffengewalt. Bis Ende der 1990er Jahre nahmen die Zahlen albanischer Flüchtlinge in den Nachbarstaaten, in der EU und in der Schweiz dramatisch zu. Eine weitere Flüchtlingswelle produzierte der Kosovokrieg der NATO 1999, offiziell ge-

führt, um eine humanitäre Katastrophe abzuwenden. In das schließlich zum UN-Protectorat gewordene Kosovo kehrten viele Flüchtlinge zurück. Dann erstarkten die albanischen Nationalisten und machten 200.000 Serben, Roma und andere Nicht-Albaner zu Flüchtlingen. Im Frühjahr 2004 kam es zu Pogromen gegen Roma und andere Kosovo-Minderheiten mit Toten, mehr als 1.000 Verletzten und 4.000 Vertreibungen, unter den Augen der KFOR. Es folgte eine kontinuierliche Auswanderung der RAE-Minderheiten (Roma, Ashkali und sogenannte Kosovo-Ägypter). Im Februar 2008 erklärte sich Kosovo für unabhängig. Allerdings haben bislang nur 109 von 193 UN-Mitgliedstaaten die Unabhängigkeit anerkannt. Von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union erkennen Spanien, Griechenland, Zypern, Rumänien und die Slowakei Kosovo nicht an. Auch die Europäische Kommission lässt in ihren Gesprächen über den Beitritt des Kosovo den endgültigen völkerrechtlichen Status offen.

ABHÄNGIG VOM AUSLAND, KORRUPT IM INNERN, BITTER- ARM

Das prekäre Gebilde Kosovo hat daneben ganz massive Probleme im Alltag. Schon in titoistischen Zeiten eine der ärmsten Regionen Jugoslawiens geriet das Kosovo durch Kriegsfolgen weiter in strukturelle wirtschaftliche Probleme. Kosovo hat ein extremes Außenhandelsdefizit und hängt völlig von Kapitalzuflüssen aus dem Ausland ab. Der EU-Arbeitsmarkt ist für Kosovaren verschlossen. Die Überweisungen durch die Arbeitsemigranten vergangener Zeiten sind höher als die im Kosovo erwirtschafteten Werte. Zuflüsse aus internationalen Hilfsfonds gehen zurück. Nach Jahren einer wirtschaftlichen Scheinblüte, die sich in Form von reger Bautätigkeit im privaten Bereich äußerte, hat die Wirtschaftskrise das Land seit mehr als fünf Jahren fest im Griff. Die jüngste Flucht-/Auswanderungswelle auch ethnischer Albaner aus dem Kosovo hat denn auch nach den Angaben derer, die das Land verlassen, eher mit der wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit und der Verarmung breiter Schichten zu tun als mit Sachverhalten, die sich als Verfolgung begreifen lassen. Etwa ein Drittel der Bevölkerung lebt von weniger als 1,40 Euro pro Tag, viele im absoluten Elend, darunter insbesondere auch die Angehörigen der nicht-serbischen Minderheiten.



■ **»Abgeschobene Roma im Kosovo« (2014):** Das Roma Center Göttingen hat die soziale, gesundheitliche und politisch-rechtliche Situation von abgeschobenen Roma untersucht: »Im Kosovo treffen wir auf Menschen, die überhaupt nichts haben. Die hungern und nur zögernd davon erzählen, weil sie sich dafür schämen oder es für selbstverständlich halten. Deren Leben hier zu Ende gegangen zu sein scheint, deren Pläne und Träume jäh zerschlagen wurden – weil sie aus Deutschland abgeschoben worden sind.«

■ Die 112-seitige Broschüre mit zahlreichen Berichten, Interviews und Fotos ist bestellbar unter doku@koop-bremen.de

Ein Teil der kosovarischen Politik ist eng verflochten mit Netzwerken der organisierten Kriminalität. Zahlreiche ausländische Diplomaten, die im Kosovo aus dem Nichts einen modernen Staat schaffen wollten, haben sich dabei auch mit kriminellen verbündet – und sind gescheitert. Entsprechend wird auch darüber diskutiert, wo die Milliarden Euro an internationaler Unterstützung seit 1999 hingeflossen sind, wenn gleichzeitig große Teile der Infrastruktur und des Bildungssystems weiter vor sich hin roten. Am Beispiel des Kosovo stellt sich noch deutlicher als in anderen Regionen des Balkans die Frage, ob die Staaten, die aus den Sezessionsprozessen und den Krie-

gen der 1990er Jahre hervorgegangen sind, ihren Bürgerinnen und Bürgern das bieten können, was gemeinhin unter Staatlichkeit verstanden wird: Funktionierende Institutionen, ein arbeitendes Justizwesen, eine Eindämmung der Korruption und ein bescheidenes Auskommen. Auf politische Verbesserungen hoffen viele der dort lebenden Menschen indes nicht mehr. ♦

